

Programm der Freien Demokraten Billerbeck zur Kommunalwahl 2025

- **Zukunftsfähige Energieversorgung – Biomethan statt Windkraft**
- **Bezahlbarer Wohnraum – Modulbauweise und Tinyhäuser**
- **Moderne und digitale Stadtentwicklung - Smart-City, Bürgerbüro und Live-Streaming der Ratssitzungen**
- **Wirtschaft und Finanzen – Steuern niedrig halten, Einzelhandelskonzept anpassen**
- **Beste Bildung für unsere Kinder – Kontinuierliche Unterstützung der Schulen**
- **Mobilität – Bürgerbus ausweiten, einheitliche Bezahl-App für E-Ladesäulen**
- **Migration/ Integration von Flüchtlingen**

Das Programm der Freien Demokraten Billerbeck zur Kommunalwahl 2025 umfasst folgende zentrale Punkte:

I. **Zukunftsfähige Energieversorgung:** Wir stehen für die technologieoffene Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz und Unterstützung innovativer Technologien zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Die FDP setzt sich für eine umfassende Energiewende auf lokaler Ebene ein. Dazu gehört die weitere Förderung von Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden, einer (ggfs. interkommunale) Biomethananlage und anderen erneuerbaren Energien. Zudem soll die Energieeffizienz in bestehenden Gebäuden durch Förderprogramme und Beratungsangebote verbessert werden. Innovative Lösungen, wie Smart Grids, könnten ebenfalls Teil der Strategie sein. Die FDP plant, Bürger und Unternehmen aktiv in die Energiewende einzubeziehen. Dazu könnten Informationsveranstaltungen und Workshops angeboten werden, um die Vorteile erneuerbarer Energien zu erläutern. Die FDP unterstützt Initiativen zur Förderung von echten Bürgerenergiegenossenschaften, bei denen Bürger gemeinsam in erneuerbare Energien investieren – ohne Großinvestoren. Auch die Schaffung von Anlaufstellen für Energieberatung wäre denkbar, um den Bürgern zu helfen, ihre Energiekosten zu senken und umweltfreundliche Alternativen zu finden.

Um die Wärmeplanung in Billerbeck aktiv voranzutreiben haben wir uns intensiv mit dem Thema Biomethan auseinandergesetzt. Wir fordern daher, eine aktive Initiative der Stadt Billerbeck für den Bau einer **Biomethananlage nach der Q 4.0 Fermentum-Methode**. Das Q 4.0-Verfahren steht für ein innovatives Produktionsverfahren zur Erzeugung nachhaltiger Energie aus Biomasse-Reststoffen. Die Idee zur effizienten Nutzung der reichhaltig vorhandenen Biomasse-Reststoffe als Substrate für eine moderne Biomethanproduktion in industriellen Herstellungsanlagen hat seit 2022 immer mehr kompetente Partner aus verschiedenen Bereichen zusammengebracht. Die Q 4.0-Technologie zeichnet sich dadurch aus, dass

- sie in der Lage ist, rohfaserreiche Substrate zu fermentieren. Ein unabhängiges Gasertragsgutachten sagt: „Je größer der Anteil an schwer abbaubaren Komponenten im Substrat, desto größer der Mehrwert des Q 4.0-Verfahrens“
- ausschließlich Biomasse-Reststoffe zur Produktion von Biomethan verwendet werden, wodurch kein zusätzlicher Quadratmeter Anbaufläche benötigt wird.
- die innovative Technologie und spezielle Mikrokulturen perfekt aufeinander abgestimmt sind.
- die Biomethananlage ein CO₂-negativer Betrieb ist.
- die Biomethananlage grundlastfähig ist.

Gerade in Billerbeck sind Tierexkremente aus der Landwirtschaft in großer Menge vorhanden. Hiermit ließe sich hervorragend eine solche Anlage betreiben. Das erzeugte Biomethan kann auch in Flüssiggas umgewandelt werden und daher sowohl für die Verstromung als auch für die Heizenergie genutzt werden. Eine solche Anlage kann ca. 40.000 Haushalte versorgen, so dass eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen sinnvoll wäre.

Daher: Biomethananlage statt weiterer Windkraftausbau! Diesen Antrag haben wir geradegestellt.

II. **Bezahlbarer Wohnraum:** Schaffung von Wohnraum durch gezielte Stadtentwicklung, Unterstützung von Bauprojekten und Förderung von bezahlbarem Wohnungsbau. Um dem steigenden Wohnraumbedarf gerecht zu werden, planen die Freien Demokraten die Entwicklung neuer Wohngebiete und die Revitalisierung von Brachflächen. Dabei soll der bezahlbare Wohnungsbau gezielt gefördert werden, um auch einkommensschwächeren Bürgern ein Zuhause zu bieten. Ein transparentes Genehmigungsverfahren soll die Planungszeiten verkürzen. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung von Genossenschaftswohnungen, um gemeinschaftliches Wohnen zu unterstützen. Auch die Unterstützung von Renovierungsprojekten in Bestandsimmobilien spielt eine Rolle, um bestehenden Wohnraum zu erhalten und zu verbessern. Die Erschließung neuer Baugebiete, um insbesondere „**Tiny Houses**“, **Modulhäuser** **oder alternative Wohnformen**, wie Mehrgenerationenhäuser zu ermöglichen, ist eine konkrete Möglichkeit dem Wohnraummangel bezahlbar entgegenzutreten. Eine Art Tauschbörse, wodurch sich junge Familien mit Senioren vernetzen könnten, um einen Wohnungstausch vorzunehmen, wäre eine weitere Idee. So könnten Senioren, die sich verkleinern möchten Kontakt zu Familien aufnehmen, die ihren Wohnraum vergrößern wollen.

Daher: Tiny Houses, Modulhäuser und Mehrgenerationenhäuser ermöglichen ; Tauschbörse einrichten!

III. **Moderne und digitale Stadtentwicklung:** Ausbau der digitalen Infrastruktur, Förderung smarter Lösungen für die Stadtplanung und Unterstützung von Initiativen zur Digitalisierung der Verwaltung. Die Digitalisierung der Stadtverwaltung soll vorangetrieben werden, um Bürgerservices zu verbessern und effizienter zu gestalten. Dazu gehört auch der Ausbau von WLAN-Hotspots in der gesamten Stadt und die Implementierung von digitalen Bürgerdiensten. Smart-City-Konzepte helfen, die Lebensqualität durch moderne Technologien zu steigern. Die Digitalisierung könnte nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Bürgerbeteiligung verbessern. Digitale Plattformen könnten eingerichtet werden, um Bürgeranliegen und Ideen für die Stadtentwicklung zu sammeln. Zudem wäre eine enge Zusammenarbeit mit Start-ups und Technologieunternehmen sinnvoll, um innovative Lösungen für städtische Herausforderungen zu entwickeln. Die Implementierung eines digitalen Bürgerportals könnte es den Bürgern erleichtern, Informationen zu städtischen Dienstleistungen zu finden, Anträge online zu stellen und direkt mit der Verwaltung zu kommunizieren. Zudem könnte ein **Smart-City-Ansatz** verfolgt werden, der Datenanalysen nutzt, um Verkehrsflüsse zu optimieren und öffentliche Dienstleistungen effizienter zu gestalten. Daneben muss es aber auch immer die Möglichkeit der analogen Nutzung der Dienstleistungen der Verwaltung geben. Nicht jeder Bürger möchte digital kommunizieren. Gerade für ältere Menschen ist der direkte Kontakt zu den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung wichtig. Gerade diese Bürger sind aber häufig mobilitätsteingeschränkt. Daher fordern wir nach, wie vor die **Errichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses**. Neben der weiteren Digitalisierung der Verwaltung gehört zu einer bürgernahen Verwaltung aber auch das **Live-Streaming der Ratssitzungen**. Nur so können alle Bürger an den Entscheidungsprozessen des Stadtrates barrierefrei teilhaben

Daher: Errichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses und Live-Streaming der Ratssitzungen. Beide Anträge wurden in der vergangenen Legislaturperiode insbesondere von der CDU abgelehnt! Wir werden sie erneut stellen!

IV. **Wirtschaft und Finanzen**: Stärkung der lokalen Wirtschaft durch gezielte Förderprogramme, Unterstützung von Start-ups und nachhaltige Finanzpolitik zur Sicherstellung kommunaler Investitionen. Die FDP möchte die lokale Wirtschaft stärken, indem sie Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert, etwa durch **die Senkung von Gewerbesteuern und Bürokratieabbau**. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen gefördert werden, um die Ausbildung junger Menschen gezielt auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes auszurichten. Es sollten regelmäßige Wirtschaftsförderungsgespräche mit lokalen Unternehmern veranstaltet werden, um deren Bedürfnisse und Herausforderungen besser zu verstehen. Dabei könnten auch Netzwerke geschaffen werden, um Kooperationen zwischen Unternehmen zu fördern und Synergien zu nutzen. Die Stadt könnte ein Gründerzentrum einrichten, um Start-ups in der Region zu unterstützen. Workshops, Mentoring-Programme und Netzwerktreffen könnten die Innovationskraft der Stadt stärken. Wir fordern zudem die Absenkung der Grundsteuer auf das Niveau von 2023. Durch die Grundsteuerreform sind viele junge Familien erheblich belastet, während die ältere Generation, die vielfach in bereits abbezahlten Eigenheimen lebt, von der Privilegierung der Altbauten profitiert. Billerbeck verfügt über sehr solide Finanzen, so dass eine solche Entlastung bezahlbar wäre. Nichtsdestotrotz sollte der Weg des sparsamen Haushaltens fortgeführt werden und weiterhin alle Ausgaben auf ihre Effektivität überprüft werden.

Das Gewerbegebiet Hamern sollte erweitert werden, um neue Ansiedlungen von Unternehmen zu ermöglichen. Des Weiteren sollte das von 2009 stammende **Einzelhandelskonzept** dringend überarbeitet werden. Die Bedürfnisse der Menschen haben sich mittlerweile geändert. Daher wäre es denkbar, wenn beispielsweise der bestehende Supermarkt in der Innenstadt die Möglichkeit bekäme, sich innenstadtnah zu vergrößern, z.B. auf dem Gelände des ehemaligen Sägewerkes. Das freiwerdende Ladenlokal könnte dann beispielsweise zur Ergänzung des Warenangebotes der beiden Bekleidungsgeschäfte für einen Schuhdiscounter genutzt werden. Auch sollte darüber nachgedacht werden, für den Bereich Gantweg / Massenoustr. auf oder in der Nähe des Aldi-Geländes eine Bäckerei anzusiedeln.

Daher: Einzelhandelskonzept überarbeiten! Diesen Antrag haben wir geradegestellt!
Senkung der Gewerbesteuern und Bürokratieabbau!

V. **Beste Bildung für unsere Kinder**: Verbesserung der Bildungsangebote, Förderung von Schulen und Kindergärten und Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen. Ein zentraler Punkt ist die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur. Dazu gehört die Modernisierung von Schulen, die Ausstattung mit digitalen Lernmitteln und die Förderung von extracurricularen Angeboten, wie Sport und Kunst. Auch die Weiterbildung von Lehrkräften und die Unterstützung von Eltern stehen im Fokus. Auch sollten Programme zur Förderung von MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) angeboten werden, um das Interesse der Schüler an technischen Berufen zu wecken. Kooperationen mit Hochschulen und Unternehmen könnten Praktika und Ausbildungsplätze für Schüler ermöglichen und den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern. Programme zur Förderung von sozialen und emotionalen Kompetenzen könnten ebenfalls Teil der Bildungsstrategie sein, um ganzheitliche Bildung zu gewährleisten. Auch die Einbindung von Eltern in den Bildungsprozess sollte durch regelmäßige Informationsabende und Workshops gefördert werden. Billerbeck verfügt zum Glück über eine gute Infrastruktur von Schulen. Die Gebäude wurden und werden regelmäßig ertüchtigt. Zurzeit steht die Modernisierung der Zweifach-Turnhalle auf der Agenda. Dieser Weg muss fortgesetzt werden, um es gar nicht erst zu einem Sanierungsstau kommen zu lassen. Die weiterführende Schule in Billerbeck war in den letzten Jahren vielen Veränderungen ausgesetzt. Daher muss hier nun **Kontinuität geschaffen werden, damit Eltern und Schüler weiterhin vertrauen in den Bestand dieser Schule haben.**

Daher: Kontinuität bei der Schulform schaffen und Netzwerke mit lokalen Unternehmen fördern!

VI. Mobilität: Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten zur Verbesserung der Erreichbarkeit. Die FDP plant, die Verkehrsinfrastruktur nachhaltig zu verbessern. Dazu gehört neben dem bereits im Fluss befindlichen Ausbau von Radwegen, die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Ein Konzept für multimodale Verkehrssysteme könnte entwickelt werden, das verschiedene Verkehrsträger miteinander verknüpft und den Bürgern eine nahtlose Mobilität ermöglicht. Zudem könnten Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel geschaffen werden, wie rabattierte Tickets für regelmäßige Pendler. Der **bestehende Bürgerbus** muss **weiter gefördert** werden. Hier wäre ein Ausbau dieser Mobilitätsart auf die späten Abendstunden, zumindest an den Wochenenden denkbar. So hätten gerade junge Leute die Möglichkeit, an den Wochenenden Feierlichkeiten in den Nachbarkommunen zu besuchen, ohne Sorge zu haben, nicht wieder zurückzukommen. Dafür muss aber die Finanzierung durch öffentliche Mittel sichergestellt werden. Auch die Einführung von Mobilitäts-Hub ist denkbar, wo Bürger verschiedene Verkehrsmittel nutzen können, um ihre Reise effizient zu gestalten. Aufgrund der ländlichen Situation geht aber kein Weg am Individualverkehr vorbei. Zur Förderung der E-Mobilität sollte versucht werden, das **bestehende E-Ladesäulen-Netz zu vereinheitlichen**, d.h. **einheitliche Preise** und ein **einheitliches Bezahlssystem**. Es ist für den Bürger nervtötend und anstrengend, wenn für jede E-Ladesäule eine neue Bezahl-App heruntergeladen werden muss.

Daher: Radwege weiter ausbauen, Ausweitung der Bürgerbuszeiten und Vereinheitlichung des E-Ladesäulennetzes

VII. Migration/Integration Geflüchteter

Wir möchten die Migration ausländischer Pflegefachkräfte fördern und unterstützen. Dafür müssen wir ihnen insbesondere bezahlbaren Wohnraum und arbeitsbegleitende Deutschkurse anbieten. Bei der Integration von Flüchtlingen legen wir einen klaren Fokus auf Eigenverantwortung, Arbeitswilligkeit und die Einhaltung der deutschen Werte und Gesetze. Die angebotenen Deutschkurse müssen auf den Spracherwerb zur Integration in den Arbeitsmarkt abzielen. Daneben müssen vor Ort verpflichtende Integrationskurse angeboten werden, die Wissen über Gesetze, Geschichte, Werte und den Alltag in Deutschland vermitteln. Werden diese Kurse erfolgreich wahrgenommen, muss eine starke Unterstützung bei der Arbeitsplatz- und Wohnraumsuche erfolgen, werden diese Kurse nicht wahrgenommen, müssen Sanktionen verhängt werden. Die dezentrale Unterbringung soll fortgeführt werden; die Einführung der Bezahlkarte begrüßen wir.